

Welchen Einfluss hat der Europäisierungsprozess auf die Außenpolitik Bulgariens?

von Aleksandar Tsukev

Theoretischer Rahmen und Charakteristika der bulgarischen Außenpolitik

Der europäische Integrationsprozess ist strikt vorgeschrieben und verlangt von jedem Bewerberland Reformen und Anpassungen in der nationalen Gesetzgebung und bei der Erarbeitung seiner Außenpolitik. Jedes Bewerberland muss auf das grüne Licht der EU warten, bevor es anfangen darf, Beitrittsgespräche zu führen. Diese umfassen 31 Kapitel, die Aspekte der sozialen, wirtschaftlichen, politischen, Handels- und Sicherheitsbereiche jedes Bewerberlandes behandeln. Zudem müssen vier grundsätzliche Prinzipien vorhanden sein, so dass ein Bewerberland einen für die EU angemessenen Status nachweisen kann: Stabilität der Demokratie und ihrer Institutionen, eine funktionierende Marktwirtschaft, Fähigkeit zur Übernahme der Rechte und Pflichten und Übereinstimmung mit den Zielen der politischen und der Wirtschafts- und Währungsunion. Die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik ist die zweite EU-Säule. Neben den drei Europäischen Gemeinschaften und der Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres bildet sie jene tragfähige Plattform, auf der die Funktionen der EU und deren Ausführung basieren. Die Europäische Kommission und das Europäische Parlament sind ein Faktor der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik; entscheidungsfähig sind sie jedoch nicht.¹ Fragen, die in einem Schnittpunkt gemeinsamer Interessen stehen, werden von allen Mitgliedstaaten besprochen und erarbeitet. Im Bereich der Sicherheit wird eine Schnelleingreiftruppe aufgebaut, die für mindestens ein Jahr stationiert werden kann.²

¹ Vgl. Europäisches Parlament (Informationsbüro für Deutschland), Europa 2003. Alles Wissenswerte über die Europäische Union, Berlin 2003, S. 92.

² Vgl. ebenda, S. 93.

Alle diese Vorgaben beeinflussen die bulgarische Politik. Dort wurde ein neues Regierungsamt, der Minister für europäische Fragen, eingeführt, so dass dieser eine flüssige und produktive Zusammenarbeit zwischen Bulgarien und der EU sicherstellen kann. Die gesetzlichen Vorschriften der EU werden in Bulgarien befolgt. Die Anpassung wird etappenweise durchgeführt. Der Außenminister ist nicht nur der „Erste Botschafter Bulgariens“, sondern auch derjenige, der die Gemeinsamkeiten und Annäherungspunkte der Innen- und Außenpolitik festlegt. In der EU der 27³ wird Bulgarien mit seiner Bevölkerung von 7,8 Millionen den fünfzehnten Rang belegen. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf in Kaufkraftstandards für 2001⁴ stuft den Balkan-Staat jedoch auf den sechsundzwanzigsten Rang herab. Diese Ausgangspositionen von Bulgarien lenken die Aufmerksamkeit auf die trotz der anerkannt funktionierenden Marktwirtschaft immer noch sehr schwache wirtschaftliche Lage des Staates. Die Verbesserung der ökonomischen Werte ist auch eine wichtige Aufgabe der bulgarischen Außenpolitik. Bulgarien soll politisch stabil werden und Investitionssicherheit bieten. Je attraktiver das Investitionsklima ist, umso größer werden die Chancen, dass das Land an internationalem Gewicht gewinnt.

Die Aufgabe der Außenpolitik besteht generell darin, dass der Staat seinen nationalen Interessen vertreten und diese auch gut begründen kann. Hinsichtlich einer EU-Mitgliedschaft soll ein Land imstande sein, diese Interessen flexibel zu handhaben.

Geschichte der bulgarischen Antragstellung

Den Antrag auf EU-Beitritt stellte Bulgarien am 14. Dezember 1995. Die innenpolitischen Ereignisse bis zum jenen Moment zeigten eine instabile und fragile parlamentarisch-demokratische Lage des Landes. Nach der Wende im Jahre 1989 hatte Bulgarien angekündigt, sich in einem neuen internationalen

³ Der Autor geht von einem EU-Beitritt Bulgariens und Rumäniens im Jahre 2007 aus.

174 ⁴ Vgl. Europäisches Parlament, a.a.O. (Anm 1), S. 23.

Licht zu präsentieren, nämlich als treuer Partner der EU und des transatlantischen Militärbündnisses. Dieses Streben nach einer schnellen und bedingungslosen Legitimität des ehemals kommunistischen Staates bekam offensichtlich Vorrang, was häufig zur Vernachlässigung der Innenpolitik führte. Diese nahm die Form einer ständigen parlamentarischen Krise an, die den Hauptgrund für den permanenten Regierungswechsel im Lande darstellte. Als die wirtschaftliche Krise in Bulgarien im Jahre 1996 in einer Hyperinflation gipfelte, waren alle Voraussetzungen für eine Änderung in der Regierung gegeben. Dies war wegen der zugespitzten Unruhen und der gesellschaftlichen Unzufriedenheit mehr als nötig. Den europäischen Weg zu nehmen, schien den politischen Entscheidern als eine logische und durchaus notwendige Entwicklung Bulgariens. Es ist hervorzuheben, dass gerade am Anfang nicht klar genug verdeutlicht wurde, welche Veränderungen und institutionellen Anpassungen dazu vorzunehmen waren. Zudem leisteten die innenpolitische Instabilität und die Zerwürfnisse zwischen den Parteien ihren Beitrag zu der eher wackeligen Bereitschaft des bulgarischen Staates, umfangreiche und unpopuläre Reformen in Angriff zu nehmen.

Außenpolitische Aspekte der bulgarischen Regierungen im Zeitraum 1997–2005

Die Kostov-Regierung

Die im Jahre 1997 gewählte Regierung von Ivan *Kostov* erklärte sich bereit, den Staat aus der schwierigen politischen Situation zu befreien und ihn als vertrauenswürdigen internationalen Partner zu präsentieren. Die Außenpolitik Bulgariens wurde zur Chefsache gemacht. Dabei kristallisierten sich zwei Bestrebungen der regierenden Partei heraus: der NATO- und der EU-Beitritt. Diese beiden langfristigen Ziele wurden des Öfteren von der Regierung benutzt, um der Bevölkerung zu verdeutlichen, dass ein Bewerberland auch Entscheidungen treffen muss, die nicht immer auf eine positive Wählerresonanz stoßen mögen. Eines der Probleme der bulgarischen Regierung war die mangelhafte Veröffentlichung sachlicher Informationen über den Europäisierungsprozess. Von den

Rechten war oft die Rede, nicht aber von den Pflichten. Dieser Informationsmangel war einer der Aspekte, der der Kostov-Regierung im Jahre 2001 zum Verhängnis wurden. Die Regierung hatte die Möglichkeit, sich in ihrer Legislaturperiode außenpolitisch zu beweisen. Die Kosovo-Krise forderte Bulgarien heraus, seine geographische Lage international wirkungsvoll einzubringen. Der Luftraum des Staates wurde den NATO-Kampfflugzeugen zur Verfügung gestellt – eine außenpolitische Entscheidung, die von der Mehrheit der bulgarischen Bevölkerung nicht befürwortet wurde.

Im Jahre 2000 wurde der Vertrag von Nizza unterzeichnet, der den Beitritt osteuropäischer Staaten endgültig proklamierte. Ein Jahr später wurde bei kurzen Aufenthalten von bis zu drei Monaten die Visumsschranke für Bulgaren aufgehoben. Die Fortschritte in der bulgarischen Außenpolitik wurden jedoch überschattet von der Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Innenpolitik der Kostov-Regierung; diese verlor dann im Jahre 2001 auch die Parlamentswahlen. Diese Regierung war die erste postkommunistische Regierung gewesen, die das zuvor als sehr sensibel geltende Thema Außenpolitik zum Leitmotiv ihrer Politik gemacht hatte.

Die Sachskoburggotski-Regierung

Die Regierung von Simeon *Sachskoburggotski* brachte neue Hoffnungen auf einen höheren Lebensstandard mit sich. Mit dem Versprechen, die Lage im bulgarischen Staat innerhalb von achthundert Tagen zu verbessern, wollte der frühere Erbmonarch Bulgariens, der über fünfzig Jahre lang im Exil gelebt hatte, die Überzeugung verbreiten, dass er klare Botschaften und einen guten Willen aussende. Der Premierminister rechnete mit seinem hohen Ansehen, um als erfolgreicher und seriöser Politiker zu wirken. Solomon *Passi*, jahrelang Chef des bulgarischen Atlantikkclubs, wurde zum Außenminister ernannt. Seine Wahl stellte die politisch und geostrategisch berechtigte Frage nach der Orientierung Bulgariens. Das Außenministerium Bulgariens hatte nicht viel Zeit, alle möglichen Varianten außenpolitischen Handelns zu erproben. Am 11. September

2001 wurden die Zwillingstürme des World Trade Center in New York angegriffen. Die Welt war auf die Ausmaße dieser terroristischen Tat unvorbereitet. Nach den Terroranschlägen schien eine neue Demarkationslinie in der Welt entstanden zu sein – zwischen den Terroristen und der Antiterrorkoalition.

Bulgarien definierte seine Position so, dass es der Antiterrorkoalition beitrug. Dadurch wollte das Land internationale Solidarität in die Tat umsetzen und Handlungsfähigkeit beweisen. Der Krieg im Irak brachte die EU und die USA auseinander. Die EU war sich nicht einig bezüglich dieses Konflikts und stellte damit die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik in Frage. Die Befürwortung bzw. Ablehnung des Krieges innerhalb der EU waren definitiv vorherzusehen. Die Entstehung der EU beruht auf dem Ziel, Krieg zu vermeiden und in friedlicher Koexistenz zu leben. Dieser leitende Gedanke wurde durch die militärische Intervention im Irak stark in Frage gestellt. Bulgarien versuchte, seine Entscheidung angesichts der EU-Uneinigkeit und wegen seiner Loyalität zu den USA zu legitimieren. In der Sprache der internationalen Beziehungen bedeutete eine solche Haltung eine Art von Balance zwischen zwei gegensätzlichen Polen. Bulgarien entzog sich diesem Spagat nicht und tendiert dazu, seine außenpolitischen Positionen zu relativieren. Im April 2004 wurde das Land NATO-Mitglied. Eins der beiden führenden Ziele der Außenpolitik Bulgariens wurde damit erreicht. Zu bemerken ist hierbei, dass kein Referendum über den NATO-Beitritt stattfand. Die politische, aber auch die moralische Verantwortung für diesen Schritt lag ganz auf Seiten der Regierenden.

Strategische außenpolitische Partner Bulgariens

Russland

Ein interessanter Aspekt der Außenpolitik Bulgariens verkörperte sich in seinen Beziehungen zu Russland. Russland spielte lange eine führende Rolle in Europa als politischer und wirtschaftlicher Mentor des ehemaligen Ostblocks. Nach der Wende begann in Bulgarien ein Prozess der Einfrierung der bilateralen Beziehungen. In der ersten Hälfte der neunziger Jahre

des 20. Jahrhunderts führten die antikommunistischen Regierungen in Bulgarien eine offensiv antirussische Politik durch. Diese Haltung war kein Produkt der Europäisierungstendenzen des Landes, sondern vielmehr ein Versuch, dem Westen zu zeigen, dass die Wende gewollt und stark unterstützt wurde. Infolgedessen verschlechterte sich die wirtschaftliche Zusammenarbeit der beiden Länder. Bulgarien verlor dadurch ein wichtiges Exportland, das jahrelang die Agrarproduktion Bulgariens aufgekauft hatte. Nachdem die Sachskoburggotski-Regierung an die Macht gekommen war, wurde in beiden Ländern die Bereitschaft sichtbar, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zu erneuern und den politischen Dialog zu intensivieren.

Vereinigte Staaten

Die USA sind im weltpolitischen Sinne ein gewichtiger Faktor, ein zentraler Akteur. Gute Beziehungen zu dieser Macht sind ein unentbehrlicher Aspekt der bulgarischen Außenpolitik. Diese Nähe zwischen den USA und Bulgarien wurde durch die außenpolitischen Entscheidungen der bulgarischen Regierung deutlich. Bulgarien zögerte nicht lange, sich der Antiterrorcoalition im Irak anzuschließen, und verstärkte damit seine Neigung zu den USA. Dadurch erreichte Bulgarien einen Punkt der Verflechtung der internationalen Beziehungen, wo es sich ein kleiner Akteur wie dieser Balkan-Staat nicht mehr erlauben kann, die Rolle eines Ausgleichspielers zu übernehmen.

Die Beziehungen zwischen den USA und Bulgarien wurden sowohl zu Bill *Clintons* als auch zu George W. *Bushs* Zeit gepflegt. Die Bush-Regierung bekräftigte *Clintons* Position, dass Bulgarien ein wichtiger und notwendiger Partner Amerikas sei. Das Land wurde in die NATO aufgenommen, weil sich die USA entscheidend dafür ausgesprochen hatten.

Europäische Union

Die EU kündigte an, Bulgarien als Mitglied aufzunehmen und zu integrieren. Der Integrationsprozess bedeutet, dass sich der

bulgarische Staat künftig an die gemeinsame und konsolidierte Position der EU halten muss. Dennoch legte Bulgarien eine lockere und flexible Haltung gegenüber diesen Erwartungen an den Tag.

Ein Grund für die bulgarische Entschlossenheit, sich in der Irak-Krise zu engagieren, sind sicherlich die irakischen Schulden, die im bulgarischen Fall Milliardenhöhe erreichen. Die Bereitschaft der internationalen Gemeinschaft, einen gewissen Teil von den irakischen Schulden zu löschen, schuf zusätzliche Ungewissheit für Bulgarien.

OSZE

Das Gipfeltreffen der OSZE-Mitgliedstaaten in Sofia im Jahr 2004 ermöglichte bilaterale Gespräche mit dem damaligen amerikanischen Außenminister Colin *Powell* und dem russischen Außenminister, Sergej *Lawrow*, der Bulgarien einen offiziellen Besuch abstattete. Diese bilateralen Gespräche im Rahmen des Gipfeltreffens ermöglichten Bulgarien einen intensiven und nützlichen Austausch von Ideen, was die Auffassung verstärkte, dass diese beiden Länder aus strategischer Sicht sehr wichtig für Bulgarien sind. Die OSZE-Präsidentschaft, die Bulgarien im Jahre 2004 innehatte, war eine äußerst verantwortungsvolle Aufgabe. Bulgarien hatte dadurch die Möglichkeit, sich als vertrauenswürdiger und selbstbewusster Staat zu präsentieren, der die Arbeit einer internationalen Organisation koordinieren kann.

Balkan-Länder

Bulgarien befindet sich auf der Balkan-Halbinsel, wo sich in den 1990er Jahren zahlreiche Konflikte, vor allem im ehemaligen Jugoslawien, abspielten. Da die meisten ethnischer und religiöser Art waren, bestand immer die Gefahr eines Spill-Over-Effekts in vielen Regionen des Balkans. Die Perspektive Bulgariens, 2007 EU-Mitglied zu werden, verleiht der geographischen Lage des Staates zusätzliche Bedeutung. Bulgarien muss seine nationalen Grenzen als künftige Außengrenze der

EU sichern. Die bisherige Erfahrung zeigt, dass die Kontrolle effizient funktionierte, aber nach dem Beitritt wird der Verkehr von Gütern und Personen noch intensiver und stärker werden.

Rumänien

Rumänien wird neben Bulgarien als das nächste EU-Mitglied bezeichnet. Keiner der beiden Staaten aber ergriff in den letzten Jahren eine klare Initiative, um kooperativer und effektiver mit dem Nachbarstaat zusammenzuarbeiten. Die Anlässe und Möglichkeiten hierfür existieren schon seit langem: der Bau der zweiten Donau-Brücke, die den Verkehr zwischen den beiden Staaten erleichtern würde, die chemischen Betriebe auf dem rumänischen Ufer der Donau, die Klärung des Status der nationalen Minderheiten in den beiden Staaten. Trotz dieser Berührungspunkte findet bislang nur ein zeitlich beschränkter und unbeständiger Dialog zwischen Rumänien und Bulgarien statt.

Der Europäisierungsprozess beeinflusste die außenpolitische Haltung der beiden Länder. Die europäische Integration wird grundsätzlich als Einigungs- und Kooperationsvorgang und nicht als ein ständiges Rallye-Rennen betrachtet. Die Türkei bekam ein Datum genannt, an dem sie die Beitrittsgespräche mit der EU beginnen kann. Diese Entscheidung war ein langwieriger Prozess, der die Türkei auch dazu bringt, ihre Haltung zum zypriotischen Problem genauer zu überdenken. Die Tatsache, dass Bulgarien früher als die Türkei der EU beitreten wird, ist auf politischer Ebene unumstritten. Das zwingt Bulgarien, die Beziehungen zur Türkei klar und vorsichtig zu definieren. Denn die regionale Zusammenarbeit ist eine unentbehrliche Voraussetzung für die reibungslosere Integration der Balkan-Länder. In diesem Sinne ist es enorm wichtig für diese Länder, die europäische Integration als Bewältigung von sozialen, politischen und wirtschaftlichen Problemen und nicht als Nullsummenspiel zu verstehen.

Probleme in der Umsetzung der Außenpolitik

Eine während des Integrationsprozesses sehr diskutierte Frage war und bleibt weiter das bulgarische Atomkraftwerk in Kozloduj. Die Diskussion begann zu Zeiten der Kostov-Regierung und schien anfangs die „harte Nuss“ der Beitrittsgespräche zu sein, denn in der bulgarischen Gesellschaft wurde eine Haltung provoziert, die man als negativ ansehen kann. Die ersten zwei Blöcke des Atomkraftwerkes wurden dennoch bereits außer Dienst gestellt; die Blöcke 5 und 6 werden auch geschlossen werden. Atomenergie ist aber für Bulgarien eine wichtige Ressource. Die Frage der Sicherheit der Blöcke wurde mehrmals geprüft. Ganz allgemein war die Klärung dieser Frage einer der schwierigsten Momente während der Beitrittsgespräche mit der EU. Aus außenpolitischer Sicht war die Position der Regierenden in Bulgarien leicht darzustellen. Im Verlauf der Verhandlungen sind alle Verhandlungsteilnehmer auf Kompromisse angewiesen, um den Verhandlungsprozess zu beschleunigen und erfolgreich zu beenden. Aus Sicht der bulgarischen Gesellschaft aber wurde diese Entscheidung als unberechtigter Kompromiss interpretiert, der sich später negativ auszahlen werde.

Doch diese damals sehr verbreitete bittere Befürchtung der bulgarischen Gesellschaft wurde von der Regierung mit einem neuen Vorhaben aufgefangen. Der Bau eines zweiten Atomkraftwerkes in Belene wird geplant. Diese Absicht wird die bulgarische Regierung viel Geld kosten, das größtenteils vom einfachen Steuerzahler bezahlt werden muss. Mit der Reduzierung der existierenden Blöcke im Atomkraftwerk in Kozloduj wird sicherlich die Energieerzeugung reduziert werden, was die bisherige Atomenergie-Dominanz Bulgariens auf dem Balkan in Frage stellen wird.

Im Jahre 1999 geschah ein schmerzlicher Vorfall in Libyen, der seither das heißeste internationale Problem Bulgariens bildet. Im Mai 2004 wurden fünf bulgarische Krankenschwestern zum Tode verurteilt, weil sie bis zu ihrer Verhaftung im Jahr 1999 angeblich 300 libysche Kinder mit dem HIV-Virus infiziert hatten. Die Reaktionen der bulgarischen Außenpolitik

waren am Anfang des Skandals sehr starr und ungeschickt. Anstatt sich intensiv an die internationale Gemeinschaft und vor allem an die EU zu wenden, versuchte die bulgarische Regierung, „konservativ“ zu handeln, was zur langfristigen Haft der Krankenschwestern führte. Sechs Jahre nach dem Ausbruch des Skandals ist das Schicksal der Krankenschwestern noch immer unklar. Die Beteiligung der internationalen Gemeinschaft ist definitiv eine Unterstützung, sie hat jedoch nur eine beratende Funktion.

Schlussfolgerung

Um mögliche Szenarien für die spätere Auswirkung des Europäisierungsprozesses zu entwerfen, ist es nötig, die Tendenzen herauszustellen, die sich in den letzten Jahren abgezeichnet haben. Bulgarien wird auch in Zukunft bestrebt sein, ein volles Mitglied der EU zu werden und seine internationale Solidarität zu zeigen. Die für Bulgarien bestehende Gefahr, sich aus dem bilateralen europäisch-amerikanischen Spagat nicht mehr befreien zu können, wird spätestens mit dem EU-Beitritt nicht aktuell sein. Dies ist dadurch bedingt, dass die bisherigen bulgarischen Regierungen die Bereitschaft und den Wunsch zeigten, Engagements einzugehen, aber diese dann auch einzuhalten.

Die Außenpolitik Bulgariens nahm nach der kommunistischen Ära einen dynamischen Verlauf. Sie hatte eine führende Rolle bei der Gesamtgestaltung der politischen und wirtschaftlichen Zukunft des Staates. Nach dem Ende der Autarkiewirtschaft und der politischen Abschottung engagierten sich die postkommunistischen Regierungen bei der Verbesserung des bulgarischen Ansehens, indem sie eine europäische und eine transatlantische Integration anstrebten. Beide Prozesse können nicht parallel ablaufen; sie verlangen dazu noch von Bulgarien Reformen in unterschiedlichen Bereichen. Zum anderen darf die transatlantische Integration, die de facto in Bulgarien realisiert wurde, nicht als logische Voraussetzung für die Realisierung der anderen dienen. Der Europäisierungsprozess ist in erster Linie zeitaufwendig und bedarf eines vielfältigen

Wandels des Bewerberlandes, so dass der Gemeinsame Besitzstand („acquis communautaire“) in der Tat übernommen und umgesetzt werden kann. Die Ereignisse, die für die Integration typisch sind, helfen Bulgarien zusätzlich, nachhaltiger und wirkungsvoller an seiner politischen Entwicklung zu arbeiten. 2004 war das Jahr der außenpolitischen Fortschritte Bulgariens. Diese Erfolge sind zum einen das Produkt starken politischen Willens, zum anderen stellen sie die Bereitschaft des Landes dar, sich an die immer hektischer und schwieriger gewordene außenpolitische Umwelt anzupassen.

Entnommen aus:

Cyrus Salimi-Asl, Eric Wrasse und Gereon Schuch (Hrsg.), Die Transformation nationaler Politik. Europäisierungsprozesse in Mitteleuropa, Redaktion: Tilmann Chladek und Cyrus Salimi-Asl, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V., Programm Mitteleuropa, Berlin 2005, Digitale Ausgabe, ISBN 39810553-1-4 (Druckfassung: ISBN 3-9810553-0-6), S. 173–184.

